

## Oberbürgermeister- und Landratswahlen zwischen struktureller Schwäche und kommunalpolitischer Erfahrung: eine Analyse der Direktwahlen in Sachsen von 1994 bis 2015

Hendrik Träger und Jan Pollex

„Jetzt also auch noch Dresden. Für die CDU reiht sich die sächsische Landeshauptstadt nun ein in eine Liste des Grauens“<sup>1</sup>, kommentierten die Journalisten *Sven Eichstädt* und *Thomas Sebastian Vitzthum* die Dresdner Oberbürgermeisterwahl 2015. Der christdemokratische Bewerber, der sächsische Innenminister *Markus Ulbig* (CDU), hatte im ersten Wahlgang nur 15,4 Prozent<sup>2</sup> erhalten und deshalb bei der Neuwahl (siehe unten) nicht wieder kandidiert. Während die CDU also mit einem desaströsen, ja geradezu schmerzhaften Ergebnis einen weiteren Oberbürgermeisterposten in einer deutschen Großstadt verlor, konnte die Partei am selben Tag alle zehn Landratswahlen in Sachsen im ersten Wahlgang gewinnen. Damit ist der Freistaat – wie schon nach den Wahlen von 2008 – das einzige Bundesland, in dem eine Partei alle Landräte stellt; Vergleichbares gelingt nicht einmal der CSU in Bayern. Auf der anderen Seite stellt die CDU nunmehr wieder – wie bereits zwischen 2001 und 2008 – keinen Oberbürgermeister<sup>3</sup> in den drei größten Städten des Freistaates; dort regieren zwei Sozialdemokraten (Leipzig, Chemnitz) und ein als überparteilicher Kandidat angetretener Liberaler (Dresden). Vereinfacht lässt sich die Situation in Sachsen so beschreiben: Das Land ist schwarz, und die Städte sind rot beziehungsweise gelb.

Die Unterschiede zwischen Stadt und Land können nicht allein mit dem Wählerverhalten erklärt werden. Die sich selbst als „Sächsische Union“ apostrophierende CDU ist seit 1990 bei den Bundestags- und Landtagswahlen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch in den Wahlkreisen der drei Großstädte die stärkste Partei. Diese „bayerischen Verhältnisse“<sup>4</sup> sind allenfalls einer von mehreren Gründen für die in Deutschland einmalige Differenz zwischen den Großstädten und den Landkreisen. Vor diesem Hintergrund wird in dem vorliegenden Beitrag nach den Ursachen für die beschriebene Diskrepanz gesucht. Anders ausgedrückt: Warum dominiert die CDU in allen Landkreisen, während sie in den Großstädten nur selten erfolgreich ist? Über die Grenzen des Freistaates hinaus geht es darum, welche Erkenntnisse für die anderen Bundesländer aus den Befunden abgeleitet werden können.

Um diese Fragen zu beantworten, werden die sächsischen Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen seit der Einführung der Direktwahlen analysiert. Bei den Oberbürgermeis-

1 *Sven Eichstädt / Thomas Sebastian Vitzthum*, Wahlkämpfe in Großstädten werden schmutziger, in: Die Welt online vom 8. Juni 2015, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article142154888/Wahlkämpfe-in-Grossstaedten-werden-schmutziger.html> (Abruf am 17. Juni 2016).

2 Fast genau so groß waren die kumulierten Stimmenanteile des AfD-Kandidaten *Stefan Vogel* (4,8 Prozent) und der Bewerberin aus dem PEGIDA-affinen Lager, *Tatjana Festerling* (9,7 Prozent).

3 Aus Gründen der Lesbarkeit nutzen wir das generische Maskulinum. Mit Formulierungen wie „Oberbürgermeister“ oder „Wähler“ sind also Frauen und Männer gleichermaßen gemeint.

4 *Eckhard Jesse / Thomas Schubert / Tom Thieme*, Wahlen und Wahlverhalten, in: *dies.* (Hrsg.), Politik in Sachsen 2014, S. 137 – 159, S. 158.

terwahlen werden nur Chemnitz, Dresden und Leipzig als die drei kontinuierlich kreisfreien Städte berücksichtigt. Die anderen Städte, die einen Oberbürgermeister<sup>5</sup> haben und seit der Wiedergründung des Freistaates zumindest vorübergehend kreisfrei waren, gehören (spätestens) seit 2008<sup>6</sup> einem Landkreis an und werden deshalb nicht einbezogen.

### *1. Sächsische Oberbürgermeister- und Landratswahlen seit 1994<sup>7</sup>*

Die (Ober-)Bürgermeister und Landräte werden in Sachsen seit 1994 direkt von den Bürgern gewählt. Den „Grundsätzen der Mehrheitswahl“ (§ 48 SächsGemO; § 44 Sächs LKrO) folgend ist im ersten Wahlgang die absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Sollte kein Bewerber dieses Quorum erreichen, findet keine Stichwahl, sondern eine komplette Neuwahl statt. Mit der Zulassung neuer Kandidaten wird „den Parteien und den Wählervereinigungen die Möglichkeit [gegeben], auf der Basis ihrer Wahlergebnisse im ersten Wahlgang neue taktische Wahlbündnisse einzugehen“<sup>8</sup>. Diese Option nutzten die Parteien beispielsweise bei der Landratswahl 2001 im Leipziger Land (siehe unten).

#### *1.1. Oberbürgermeisterwahlen: Leipzig und Chemnitz als SPD-Hochburgen sowie Dresden*

Bei den 13 Oberbürgermeisterwahlen in den drei sächsischen Großstädten konnten sich neunmal die sozialdemokratischen Bewerber durchsetzen. Das betrifft alle Abstimmungen in Chemnitz und Leipzig. Die Kandidaten der CDU folgten teilweise weit abgeschlagen auf dem zweiten oder dritten Platz. Die mit Abstand schlechtesten Ergebnisse erzielten die Christdemokraten in den Jahren, in denen die populären Amtsinhaber *Peter Seifert* (Chemnitz) und *Wolfgang Tiefensee* (Leipzig) mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen im Amt bestätigt wurden; für den jeweiligen CDU-Kandidaten votierte lediglich ein Zehntel der Wähler. Aber sogar bei den Abstimmungen, bei denen auch die Sozialdemokraten mit neuen Bewerbern ins Rennen gingen, landeten die Christdemokraten häufig deutlich ab-

5 In Sachsen tragen die Bürgermeister der drei kreisfreien Städte und der aktuell 50 „Großen Kreisstädte“ den Titel „Oberbürgermeister“. Den Status einer „Großen Kreisstadt“ kann eine Stadt, die mehr als 17.500 Einwohner (bis 2008: 20.000 Einwohner) hat, bei der Staatsregierung beantragen (§ 3 Abs. 3 SächsGemO). Außerdem erhielten 2008 alle Kreisstädte, die im Zuge der Kreisgebietsreform den Sitz des Landratsamtes verloren, den Status einer „Großen Kreisstadt“; gleiches gilt für die ehemals kreisfreien Städte Görlitz, Hoyerswerda, Plauen und Zwickau (§ 9 SächsKrGebNG).

6 Im Jahr 2008 wurde eine umfangreiche Kreisgebietsneugliederung durchgeführt; siehe dazu *Anita Maafß*, Kommunalpolitik und Kommunale Selbstverwaltung, in: *Eckhard Jesse / Thomas Schubert / Tom Thieme* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 209 – 228, S. 222 f.

7 Die im Folgenden wiedergegebenen Wahlergebnisse, die auch in den Tabellen dargestellt sind, beziehen sich auf Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen (<http://www.statistik.sachsen.de>) und Informationen der kreisfreien Städte.

8 *Annette Rehfeld-Staudt / Werner Rellecke*, Kommunalpolitik im Freistaat Sachsen, in: *Andreas Kost / Hans-Georg Wehling* (Hrsg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden 2010, S. 283 – 306, S. 298.

**Tabelle 1: Oberbürgermeisterwahlen in Chemnitz, Dresden und Leipzig seit 1994 (in Prozent)**

	gewählter Kandidat			ggf. nicht gewählter CDU-Kandidat	
	Name (Partei)	Ergebnisse		Name	Ergebnisse
		1. WG	2. WG		
<b>Chemnitz</b>					
1994	<i>Seifert, Peter (SPD)</i>	73,1		<i>Höß, Josef</i>	10,7
2001	<i>Seifert, Peter (SPD)</i>	69,8		<i>Wehner, Christian</i>	9,4
2006	<i>Ludwig, Barbara (SPD)</i>	38,3	49,7	<i>Nonnen, Detlef</i>	23,1
2013	<i>Ludwig, Barbara (SPD)</i>	46,6	63,8	<i>Burghart, Ralph</i>	26,7
<b>Dresden</b>					
1994	<i>Wagner, Herbert (CDU)</i>	38,6	54,8		
2001	<i>Roßberg, Ingolf (OB für Dresden)</i>	47,0	47,1	<i>Wagner, Herbert</i>	42,8
2006	<i>Orosz, Helma (CDU)</i>	47,6	64,0		40,0
2013	<i>Hilbert, Dirk (WV UBFDD)</i>	31,7	54,2	<i>Ulbig, Markus</i>	15,4
					n.a.
<b>Leipzig</b>					
1994	<i>Lehmann-Grube, Hinrich (SPD)</i>	47,4	54,5	<i>Albrecht, Uwe</i>	19,5
1998	<i>Tiefensee, Wolfgang (SPD)</i>	40,1	48,4	<i>Kaminski, Peter</i>	20,4
2005	<i>Tiefensee, Wolfgang (SPD)</i>	67,1		<i>Clemen, Robert</i>	9,8
2006	<i>Jung, Burkhard (SPD)</i>	41,6	51,6	<i>Albrecht, Uwe</i>	32,7
2013	<i>Jung, Burkhard (SPD)</i>	40,2	45,0	<i>Wawrzynski, Horst</i>	44,0
					25,9
					28,7

Anmerkung: *Hinrich Lehmann-Grube*, *Peter Seifert* und *Herbert Wagner* waren bereits vor den ersten Direktwahlen Oberbürgermeister und traten somit 1994 als Amtsinhaber an.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen und der Wahlleiter der drei kreisfreien Städte.

geschlagen auf dem zweiten Platz. Nur bei der Leipziger Oberbürgermeisterwahl 2006, bei der sich *Burkhard Jung* – letztlich erfolgreich – um die Nachfolge des als Bundesverkehrsminister nach Berlin gewechselten *Wolfgang Tiefensee* bewarb, war der Ausgang vergleichsweise knapp (vgl. Tabelle 1).

Während also Chemnitz und Leipzig die Hochburgen der sächsischen SPD bilden, ist die Situation in Dresden anders: Dort bekleideten bisher zwei Christdemokraten und zwei Liberale das Amt des Oberbürgermeisters. Der CDU gehörten der 1990 vom Stadtrat eingesetzte *Herbert Wagner*, der bei der ersten Direktwahl 1994 wiedergewählt wurde, und *Helma Orosz*, die von 2008 bis 2015 die oberste Repräsentantin und Verwaltungschefin der Elbestadt war, an. In den Jahren 2001 und 2015 gelang mit *Ingolf Roßberg* und *Dirk Hilbert* zwei FDP-Politikern, die jedoch für ein parteiübergreifendes Bündnis („OB für Dresden“) beziehungsweise eine Wählervereinigung („Unabhängige Bürger für Dresden“) antraten, der Sprung an die Spitze der Stadtverwaltung. Diese Konkurrenz innerhalb des bürgerlichen Lagers bescherte der CDU schmerzhafte Wahlabende: *Roßberg* konnte sich 2001 mit einem Vorsprung von mehr als sieben Prozentpunkten gegen Amtsinhaber *Wagner* durchsetzen. Vierzehn Jahre später trug *Hilbert* zu dem eingangs beschriebenen desaströsen Ergebnis von *Markus Ulbig* bei.

Noch schwierigeres Terrain als für die CDU ist Dresden allerdings für die SPD: Die Sozialdemokraten traten nur einmal – 2008 – mit einem eigenen Kandidaten an; *Peter Lames* erhielt im 1. Wahlgang lediglich 12,5 Prozent und verzichtete auf eine Bewerbung für den zweiten Durchgang. Bei zwei anderen Wahlen beteiligte sich die SPD an Wahlbündnissen: Im Jahr 2001 unterstützte sie als Teil der Initiative „OB für Dresden“ den FDP-Politiker *Roßberg*. Vierzehn Jahre später konnte die Partei mit der sächsischen Wissenschaftsministerin *Eva-Maria Stange* eine Kandidatin aus den eigenen Reihen aufstellen. Die Sozialdemokratin trat für die von SPD, Linken und Grünen gegründete Wählervereinigung „Gemeinsam für Dresden“ an und erhielt im 1. Wahlgang sogar mehr Stimmen als der letztlich zum Oberbürgermeister gewählte *Dirk Hilbert*. Die Hauptstadt des Freistaates lässt sich also nicht als Hochburg einer Partei charakterisieren, sondern demonstrierte zweimal die Erfolgschancen von parteiübergreifenden beziehungsweise parteiunabhängigen Wahlbündnissen. Eine solche Formation ist eine Seltenheit in einer deutschen Großstadt mit mehr als 500.000 Einwohnern.<sup>9</sup>

## 1.2. Landratswahlen: Dominanz der CDU mit sporadischen Ausnahmen

Diametral entgegengesetzt zu den Großstädten ist die Situation in den sächsischen Landkreisen. Bei 60 von 64 Landratswahlen – also in ungefähr 94 Prozent der Fälle – konnte sich die CDU durchsetzen. Das gelang der Partei sogar 47-mal im 1. Wahlgang, wobei die Stimmenanteile einmal bei über 80 Prozent und in drei weiteren Fällen jenseits von 70 Prozent lagen. Demgegenüber erscheint es schon fast als einmaliger Ausrutscher, dass 2008 in Nordsachsen mit dem damaligen Delitzscher Landrat *Michael Czupalla* ein Christdemokrat sogar im 2. Wahlgang weniger als die Hälfte der Stimmen erhielt und „nur“ mit relativer Mehrheit (wieder)gewählt wurde (vgl. Tabelle 2).

Die Dominanz der Christdemokraten in den Landkreisen wird neben den teilweise außergewöhnlich hohen Ergebnissen auch daran deutlich, dass 2015 die dritte Wahlperiode begann, in der es in Sachsen ausschließlich von der CDU gestellte Landräte gibt. Das war bereits nach den Wahlen 1994 respektive 1995<sup>10</sup> und 2008 der Fall. Lediglich 2001 waren vier Kandidaten, die nicht von der CDU aufgestellt worden waren, erfolgreich:

- Im Landkreis Torgau-Oschatz setzte sich der als Einzelbewerber angetretene Amtsinhaber *Robert Schöpp*, der 1994 noch für die CDU kandidiert hatte, im 1. Wahlgang mit 50,7 Prozent knapp gegen seine Konkurrenten von CDU, SPD und PDS durch.
- Ebenfalls einen Sieg gegen einen Christdemokraten erreichte im Landkreis Freiberg *Volker Uhlig*, der als Bewerber der „Allianz Unabhängiger Wähler“ (AUW) im 2. Wahlgang mehr als zwei Drittel der Wähler von sich überzeugen konnte.

9 Zu einer ähnlichen Formation kam es in den letzten Jahren nur bei der Kölner Oberbürgermeisterwahl im Oktober 2015, als die Parteilose *Henriette Reker* von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unterstützt wurde.

10 Die ersten Direktwahlen der Landräte fanden in den Landkreisen, die wegen der 1993 beschlossenen Kreisgebietsreform vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof geklagt hatten, erst 1995 statt. Das betrifft die Landkreise Vogtlandkreis, Meißen-Radebeul (späterer Name: Meißen) und Kamenz (ursprünglich geplanter Name: Westlausitz-Dresdner Land).

**Tabelle 2: Ergebnisse der erfolgreichen Kandidaten bei den Landratswahlen seit 1994/95 (Angaben für entscheidenden Wahlgang in Prozent; in eckigen Klammern Wahlgang angegeben)**

Landkreise					
seit 2008	Wahlen 1994/95 und 2001/02	1994/95	2001/02	2008	2015
Bautzen	Bautzen Kamenz	64,0 [1]* 54,9 [1]*	68,7 [1] 53,4 [1]	51,6 [1]*	72,4 [1]*
Erzgebirgskreis	Annaberg Aue-Schwarzenberg Mittlerer Erzgebirgskreis Stollberg	51,7 [2]* 75,0 [2]* 58,8 [1]* 59,7 [1]*	52,1 [2] 67,9 [1]* 72,6 [1]* 57,9 [1]*	55,8 [2]	58,7 [1]*
Görlitz	Löbau-Zittau Niederschlesischer Oberlausitzkreis	56,8 [1]* 59,2 [2]*	51,2 [1] 56,7 [1]	57,6 [2]*	73,0 [1]*
Leipzig	Leipziger Land Muldental	49,8 [2]* 60,0 [1]*	72,7 [2] 69,1 [1]*	57,0 [2]*	64,3 [1]
Meißen	Meißen-Radebeul bzw. Meißen Riesa-Großenhain	57,7 [1]* 62,3 [1]*	64,1 [1] 73,6 [1]*	56,7 [1]*	60,2 [1]*
Mittelsachsen	Döbeln Freiberg Mittweida	63,9 [1]* 50,0 [2]* 54,8 [1]*	65,6 [1]* 69,7 [2] 61,4 [1]*	50,0 [1]*	65,7 [1]
Nordsachsen	Delitzsch Torgau-Oschatz	53,1 [2]* 51,2 [1]*	56,9 [1]* 50,7 [1]*	45,7 [2]*	51,7 [1]
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Sächsische Schweiz Weißeritzkreis	58,0 [2]* 60,3 [1]*	54,3 [1]* 64,0 [1]*	52,4 [1]*	56,4 [1]*
Vogtlandkreis		52,0 [1]*	80,3 [1]*	65,8 [1]*	56,5 [1]
Zwickau	Chemnitzer Land Zwickauer Land	64,9 [2]* 69,4 [2]*	62,6 [1]* 68,2 [1]*	52,7 [1]*	60,8 [1]*

Anmerkungen: Bei den mit einem Sternchen (\*) gekennzeichneten Wahlen kandidierten die damaligen Amtsinhaber (1994/95 und 2008: der Landrat eines der bis dahin bestehenden Kreise). Grau hinterlegt sind die Wahlen, bei denen kein CDU-Politiker erfolgreich war.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

- Eine wahre Sensation gelang *Jürgen Förster* im Landkreis Annaberg und *Petra Köpping* im Leipziger Land, die die damaligen Amtsinhaber besiegten. Der für das „Bürgerforum Annaberg“ kandidierende *Förster* gewann mit 52,1 Prozent knapp gegen den seit 1990 amtierenden *Wilfried Oettel* (47,9 Prozent), nachdem er im 1. Wahlgang noch fast zwölf Prozentpunkte hinter dem Christdemokraten gelegen hatte. Anders gestaltete sich die Situation im Leipziger Land: Dort verfehlte die Sozialdemokratin *Köpping* mit 46,0 Prozent knapp die absolute Mehrheit im 1. Wahlgang, woraufhin der CDU-Kandidat *Rolf Galisch* (37,9 Prozent) seine Kandidatur zurückzog. Stattdessen trat der damalige Landrat *Werner Dieck* als Einzelbewerber an, unterlag aber seiner Konkurrentin, die mit 72,7 Prozent die klare Favoritin der Wähler war.

*Petra Köpping*, die 2008 die Wahl im damals neu gebildeten Landkreis Leipzig gegen *Gerhard Gey* (CDU) aus dem bis dahin bestehenden Muldentalkreis verlor, war die einzige direkt gewählte<sup>11</sup> Landrätin, die einer anderen Partei als der CDU angehörte. Damit ist sie – ebenso wie die als Einzelbewerber beziehungsweise als Kandidaten von Wählervereinigungen angetretenen *Jürgen Förster*, *Robert Schöpp* und *Volker Uhlig* – eine Exotin im „schwarzen“ Sachsen.

## 2. Parteien und Kandidaten bei Kommunalwahlen – ein Blick in die Theorie

Um die Differenzen zwischen den Großstädten und den Landkreisen, die insbesondere mit Blick auf die CDU von einem „zweischneidige[n] Ergebnis“<sup>12</sup> sprechen lassen, zumindest ansatzweise zu erklären, muss der Blick zunächst auf den aktuellen Stand der Wahl- und Parteienforschung auf kommunaler Ebene gerichtet werden. Generell lässt sich konstatieren, dass dieses Thema verglichen mit der Landes- und der Bundesebene ein Schattendasein fristet, aber seit ein paar Jahren häufiger in den Fokus rückt, wobei (einzelne) Wahlen<sup>13</sup>, kommunale Mandatsträger<sup>14</sup> und die Bildung von Koalitionen<sup>15</sup> auf großes Interesse stoßen. Außerdem werden Erkenntnisse aus der Forschung zu nationalen Wahlen auf die kommunale Ebene übertragen, um beispielsweise die Wirkungen von Amtsinhabern auf ihre Parteien bei kommunalen Wahlen zu untersuchen.<sup>16</sup>

Auf der Basis dieser Literatur lassen sich mögliche Erklärungsfaktoren für die Ergebnisse der sächsischen Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen ableiten: Das sind zum einen die personelle Verankerung der Parteien auf der kommunalen (respektive regionalen) Ebene und zum anderen die Rekrutierung von (aussichtsreichen) Kandidaten.

11 Nicht direkt, sondern vom Kreistag im Kreis Brand-Erbisdorf wurde nach den DDR-Kommunalwahlen im Mai 1990 der DSU-Politiker *Volkmar Krauß* gewählt. Das geschah in einer besonderen historischen Situation und lässt sich deshalb kaum mit den direkt gewählten Landräten vergleichen.

12 *Hendrik Träger*, „Ein zweischneidiges Ergebnis für die CDU“ (Interview), in: Sächsische Zeitung vom 22. Juni 2015, S. 8, auch online abrufbar unter: <http://www.sz-online.de/sachsen/ein-zweischneidiges-ergebnis-fuer-die-cdu-3131596.html> (Abruf am 17. Juni 2016).

13 *Hiltrud Naßmacher* beschäftigte sich 2013 allgemein mit den „veränderten Wettbewerbsbedingungen“ bei Kommunalwahlen (*dies.*, Kommunalwahlen unter veränderten Wettbewerbsbedingungen, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 4, S. 847 – 872, S. 847). Bereits fünf Jahre zuvor hatte *Carmen Schmidt* die Osnabrücker Stadtratswahl von 2006 analysiert (vgl. *dies.*, Wählerverhalten auf kommunaler Ebene. Eine Analyse am Beispiel der Kommunalwahl 2006 in Osnabrück, in: ZParl, 39. Jg. (2008), H. 3, S. 584 – 597).

14 Für eine deutschlandweite Untersuchung von kommunalen Akteuren siehe *Björn Egner / Max-Christopher Krapp / Hubert Heinelt*, Das deutsche Gemeinderatsmitglied. Problemsichten – Einstellungen – Rollenverständnis, Wiesbaden 2013. Eine landesspezifische Studie liegt beispielweise für Thüringen vor; vgl. *Jürgen Maier / Karl Schmitt*, Kommunales Führungspersonal im Umbruch. Austausch, Rekrutierung und Orientierungen in Thüringen, Wiesbaden 2008.

15 *Martin Gross* legte eine Analyse der Koalitionsbildung in nordrhein-westfälischen Großstädten vor; vgl. *ders.*, Koalitionsbildung in deutschen Großstädten: Empirische Befunde aus Nordrhein-Westfalen, in: ZPol, 24. Jg. (2014), H. 1/2, S. 109 – 143.

16 Vgl. *Björn Egner / Michael Stoiber*, A Transferable Incumbency Effect in Local Elections. Why it is Important for Parties to Hold the Mayoralty, in: German Politics, 17. Jg. (2008), H. 2, S. 124 – 139.

## 2.1. Parteien auf lokaler Ebene

Im politischen System Deutschlands gehört die „Rekrutierung von Personen für öffentliche und innerparteiliche politische Ämter“<sup>17</sup> zu den wichtigsten Funktionen von Parteien; in der Wahrnehmung durch die Bürger dürfte das wahrscheinlich sogar deren wichtigste Aufgabe sein. Dies gilt für Bund und Länder ebenso wie für die kommunale Ebene; auch dort kommt den Parteien „eine zentrale Rolle bei der Kandidatenselektion zu“<sup>18</sup>, wie *Max-Christopher Krapp* und *Björn Egner* trotz der Bedeutung von Wählergemeinschaften betonen.

Um Bewerber für Wahlen aufzustellen zu können, muss eine Partei allerdings über genügend Personal, das fachlich geeignet und zur Übernahme eines Amtes bereit ist, verfügen. Genau das dürfte aber für manche Parteien auf kommunaler Ebene schwierig sein. *Everhard Holtmann* wies beispielsweise darauf hin, „dass vor allem in einwohnerschwachen Gemeinden keine Ortsverbände der Parteien existieren und folglich von diesen auch keine Wahlvorschläge eingereicht werden“<sup>19</sup>.

Dass das Problem auch für Sachsen einschlägig sein kann, wird bei einem Blick auf die Rekrutierungsfähigkeit der Parteien im Freistaat klar: Gemessen an allen Personen, die einer Partei beitreten dürfen, sind die sächsischen Parteien extrem schwach in der Bevölkerung verankert; im Vergleich zu anderen Bundesländern weisen sie (weit) unterdurchschnittliche Werte auf. Das gilt vor allem für die Christdemokraten und die Sozialdemokraten. Im Jahr 2014 gehörten nur 0,12 Prozent der Sachsen der SPD an, während es in den alten Ländern 0,73 Prozent und selbst im ostdeutschen Durchschnitt immerhin 0,19 Prozent waren. Bei der CDU standen damals 0,34 Prozent für Sachsen 0,39 Prozent für den Osten und 0,87 Prozent für den Westen gegenüber. Für die Linkssozialisten (0,26 Prozent) lagen die Zahlen knapp unterhalb des Mittelwertes für die neuen Länder (0,27 Prozent); bei FDP (0,06 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (0,04 Prozent) befindet sich Sachsen genau im ostdeutschen Durchschnitt der jeweiligen Partei.<sup>20</sup>

In absoluten Zahlen für 2014 – also für das Jahr vor den Landratswahlen und der Dresdner Oberbürgermeisterwahl – bedeutet dies, dass die CDU 11.892, Die Linke 9.205, die SPD 4.416, die FDP 2.112 und Bündnis 90/Die Grünen gerade einmal 1.374 Mitglieder hatten.<sup>21</sup> Angesichts dieser kleinen Mitgliederbestände verwundert es nicht, dass *Annette Rehfeld-Staudt* und *Werner Rellecke* bereits 2010 konstatierten: „Nur CDU und Linke könnten sich theoretisch um alle kommunalpolitischen Ämter mit eigenen Mitgliedern bewerben.“<sup>22</sup>

Diese Einschätzung bezieht sich zwar (hauptsächlich) auf die Stadt- und Gemeinderäte, lässt sich aber ohne genauere Untersuchung ebenso für die Landratswahlen anführen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass vor allem die kleinen Parteien, zu denen in Sachsen – also ausge-

<sup>17</sup> Uwe Jun, Typen und Funktionen von Parteien, in: *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 119 – 144, S. 121.

<sup>18</sup> *Max-Christopher Krapp / Björn Egner*, Parteien in der Kommunalpolitik, in: *dies. / Hubert Heinelt*, a.a.O. (Fn. 14), S. 69 – 82, S. 81.

<sup>19</sup> *Everhard Holtmann*, Parteien auf der kommunalen Ebene, in: *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 17), S. 791 – 815, S. 804.

<sup>20</sup> Vgl. *Oskar Niedermayer*, Parteimitgliedschaften im Jahre 2015, in: *ZParl*, 47. Jg. (2016), H. 2, S. 411 – 436, S. 419.

<sup>21</sup> Vgl. ebenda, S. 418.

<sup>22</sup> *Annette Rehfeld-Staudt / Werner Rellecke*, a.a.O. (Fn. 8), S. 302.

rechnet in ihrem einstigen Stammland, dem „roten Königreich“<sup>23</sup> – auch die SPD gezählt werden muss, nicht immer in der Lage sind, Kandidaten aufzustellen. Deshalb ist es also möglich, dass – wie bei den Landtagswahlen – auch in den Landkreisen hinter der „Stärke [...] der CDU] stets die strukturelle und personelle Unterlegenheit der SPD“<sup>24</sup> steht.

## 2.2. Die Kandidatenfrage

Um bei Wahlen erfolgreich zu sein, ist es in den meisten Fällen nicht ausreichend, einfach nur einen Kandidaten aufzustellen. Dieser muss vielmehr den Wählern geeignet erscheinen, das betreffende Amt auszuüben. Angesichts mancher Bewerbertableaus ist es verständlich, dass *Hiltrud Naßmacher* nach den ersten Direktwahlen der Oberbürgermeister in Nordrhein-Westfalen (1999) forderte: „Die Auswahl der Kandidaten muss sorgfältiger werden.“<sup>25</sup> Was aber genau bedeutet das? Was muss ein Bewerber haben beziehungsweise können, um erfolg- oder zumindest aussichtsreich zu sein?

Weil es sich bei Oberbürgermeister- und Landratswahlen – formal und für viele Bürger auch in der Realität – um Abstimmungen über Personen und nicht über Parteien handelt, dürfte die Bekanntheit der Kandidaten eine wichtige Rolle spielen. Hier hat naturgemäß der Amtsinhaber die besten Voraussetzungen, denn ihn kennen die Bürger durch politische Entscheidungen und persönliche Kontakte (beispielsweise durch Besuche von Volksfesten oder Mitgliedschaften in Vereinen). Wie *Hiltrud Naßmacher* konstatierte, ergibt sich aber „nur dann ein Amtsbonus, wenn es dem Oberbürgermeister [respektive Landrat] gelungen ist, seine Handlungskompetenz mit der notwendigen Überzeugungsarbeit zu begleiten und damit Vertrauen zu gewinnen“<sup>26</sup>.

Welche Voraussetzungen ein Kandidat, der nicht als Amtsinhaber in das Rennen geht, erfüllen sollte, lässt sich nicht verallgemeinern, weil es nicht einen für alle Konstellationen idealen Bewerber gibt. Eine wichtige Rolle dürfte neben persönlichen Eigenschaften, die den Kandidaten für die Wähler sympathisch machen, die lokale Herkunft respektive ein Bezug zur Region spielen, denn davon hängt letztlich auch die gesellschaftliche Vernetzung<sup>27</sup> des Bewerbers – beispielsweise in Vereinen – ab. Außerdem wird gelegentlich darauf hingewiesen, dass politische beziehungsweise Verwaltungserfahrungen von Vorteil sein könnten. Das wird am Beispiel des 2009 zum Bürgermeister des nordrhein-westfälischen Iserlohn gewählten *Peter Paul Ahrens* (SPD) deutlich:

„Seine langjährige Verwaltungstätigkeit als Stellvertreter des Bürgermeisters und Leiter des Ressorts ‚Planen, Bauen und Wohnen‘ sowie seine Lehrtätigkeit im Fachbereich Volkswirtschaftslehre wiesen ihn (...) als sachkompetent aus. Der CDU-Konkurrent für das

23 Werner Rellecke, Sachsen – vom „roten Königreich“ zum CDU-dominierten Sechsparteiensystem, in: Andreas Kost / ders. / Reinhold Weber (Hrsg.), Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart, München 2010, S. 341 – 359, S. 341.

24 Eckhard Jesse / Thomas Schubert / Tom Thieme, Parteien und Parteiensystem, in: dies. (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 161 – 185, S. 182.

25 *Hiltrud Naßmacher*, Baustelle Stadt. Effizienz und Bürgernähe ohne Demokratie und Nachhaltigkeit?, Wiesbaden 2006, S. 22.

26 Dies., a.a.O. (Fn. 13), S. 867.

27 Zur Bedeutung der gesellschaftlichen Verankerung für kommunale Mandatsträger siehe exemplarisch Jürgen Maier / Karl Schmitt, a.a.O. (Fn. 14), S. 113 – 124.

Amt – offenbar ein Autohauseigentümer – hatte schon bei der Nominierung durch die CDU Schwierigkeiten, so dass davon auszugehen ist, dass die Mobilisierung der Partei für diesen Kandidaten eher mäßig war.<sup>28</sup>

Dass der berufliche Hintergrund aber gar nicht so wichtig wie häufig vermutet sein muss, konstatierte wiederum *Timm Kern* mit Blick auf die Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg; vielmehr seien kommunikative Fähigkeiten wichtiger.<sup>29</sup> Das erscheint angesichts der zunehmenden Bedeutung von Internet (inklusive Social-Media-Kanälen) und traditionellen Medien für Oberbürgermeister- und Landratswahlen nachvollziehbar; die Kandidaten müssen sich schließlich einer großen Öffentlichkeit präsentieren und „verkaufen“ können.

Hier können nur stichprobenhaft ausgewählte Bewerber hinsichtlich ihrer regionalen Herkunft und ihrer beruflichen Erfahrungen auf der kommunalen Ebene untersucht werden. Eine umfangreiche Analyse von mehreren hundert Personen wäre nur im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes möglich; dabei ließen sich sicherlich interessante Befunde für Wissenschaft und Praxis zu Tage fördern.

### *3. Parteien: wenige Kandidaten auf dem Land*

Um die Möglichkeiten einer Partei bei der Aufstellung von Kandidaten und der Durchführung von Wahlkampagnen zumindest etwas einschätzen zu können, werden die Mitgliederbestände als eine Proxy-Variable untersucht: Generell lässt sich feststellen, dass nicht einmal jeder hundertste Sachse in einer Partei organisiert ist.<sup>30</sup> Dabei muss noch einkalkuliert werden, dass deutschlandweit ein Drittel der Mitglieder – aus unterschiedlichen Gründen – nur noch eine (allenfalls den Mitgliedsbeitrag zahlende) „Karteileiche“ ist. Demgegenüber ist lediglich ungefähr jedes vierte Mitglied dazu bereit, für ein öffentliches Amt zu kandidieren (23 Prozent) oder als Wahlkampfhelfer Plakate zu kleben und Flyer zu verteilen (27 Prozent).<sup>31</sup>

Wenn sich die Zahlen für Sachsen in dieser Größenordnung bewegen, kann grob abgeschätzt werden, vor welchen Problemen die Parteien im Freistaat stehen: Hochgerechnet würden in einem Land mit mehr als vier Millionen Einwohnern auf einer Fläche von 18.420 Quadratkilometern nur etwa 3.000 Christdemokraten, ungefähr 2.300 Linkssozialisten, etwas mehr als 1.100 Sozialdemokraten, rund 530 Liberale und gerade einmal etwa 340 Bündnisgrüne als Kandidaten beziehungsweise Wahlkampfhelfer zur Verfügung stehen. Diese „manpower“, sofern man den Begriff angesichts dieser Zahlen überhaupt nutzen will, ist viel zu klein, um bei allen Wahlen antreten und einen auch nur ansatzweise flächendeckenden Wahlkampf führen zu können.

28 *Hiltrud Naßmacher*, a.a.O. (Fn. 13), S. 863.

29 Vgl. *Timm Kern*, Warum werden Bürgermeister abgewählt?, Stuttgart 2008, S. 356.

30 Allgemein zur Entwicklung des sächsischen Parteiensystems siehe *Werner Rellecke*, a.a.O. (Fn. 23), S. 341 – 359; *Eckhard Jesse / Thomas Schubert / Tom Thieme*, a.a.O. (Fn. 24); *Gero Neugebauer*, Das Parteiensystem Sachsen, in: *Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 387 – 408.

31 Vgl. *Tim Spier*, Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien?, in: *ders. / Markus Klein / Ulrich von Alemann / Hanna Hoffmann / Annika Laux / Alexandra Nonnenmacher / Katharina Rohrbach* (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 97 – 119.

**Tabelle 3: Parteimitglieder in den kreisfreien Städten und Landkreisen im Jahr 2012**

	Einwohner	CDU	Linke	SPD	B'90/Grüne
<b>Kreisfreie Städte</b>					
Chemnitz	241.210	361 (0,15%)	1.016 (0,42%)	264 (0,11%)	102 (0,04%)
Dresden	525.105	1.229 (0,23%)	1.211 (0,23%)	799 (0,15%)	348 (0,07%)
Leipzig	520.838	865 (0,17%)	1.423 (0,27%)	876 (0,17%)	368 (0,07%)
<b>Landkreise</b>					
Bautzen	310.898	1.227 (0,39%)	792 (0,25%)	196 (0,06%)	45 (0,01%)
Erzgebirgskreis	355.275	1.497 (0,42%)	840 (0,24%)	301 (0,08%)	46 (0,01%)
Görlitz	264.673	860 (0,32%)	841 (0,32%)	171 (0,06%)	61 (0,02%)
Leipzig	259.207	654 (0,25%)	544 (0,21%)	328 (0,13%)	42 (0,02%)
Meißen	244.717	840 (0,34%)	466 (0,19%)	195 (0,08%)	50 (0,02%)
Mittelsachsen	317.204	1.154 (0,36%)	746 (0,24%)	266 (0,08%)	46 (0,01%)
Nordsachsen	198.629	596 (0,30%)	501 (0,25%)	197 (0,10%)	48 (0,02%)
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	245.927	995 (0,40%)	537 (0,22%)	157 (0,06%)	55 (0,02%)
Vogtland	236.227	791 (0,33%)	489 (0,21%)	276 (0,12%)	54 (0,02%)
Zwickau	330.294	904 (0,27%)	793 (0,24%)	265 (0,08%)	50 (0,02%)
<b>Freistaat Sachsen</b>	<b>4.050.204</b>	<b>11.973 (0,30%)</b>	<b>10.199 (0,25%)</b>	<b>4.291 (0,11%)</b>	<b>1.315 (0,03%)</b>
Anmerkungen: Grau hinterlegt ist die mitgliederstärkste Partei der jeweiligen Gebietskörperschaft. In Klammern sind die Anteile der Parteimitglieder an allen Einwohnern der jeweiligen Gebietskörperschaft angegeben; das ist nicht identisch mit der „Rekrutierungsfähigkeit“ (Bezugswert: alle parteibeitrittsberechtigten Personen). Die FDP-Landesgeschäftsstelle teilte mit, dass sie keine entsprechenden Daten veröffentlicht.					
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Informationen der Landesgeschäftsstellen der angegebenen Parteien und des Statistischen Landesamtes (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Bevölkerungsstand des Freistaates Sachsen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen, 30. September 2014, Kamenz 2015, S. 8 f.).					

Das gilt insbesondere für die Landkreise. Dort dürfte eigentlich nur die CDU, die überall – wenngleich manchenorts knapp vor der Linken – die größte Partei stellt, kampagnenfähig sein. In fünf der aktuell zehn Landkreise (Bautzen, Erzgebirgskreis, Meißen, Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) gibt es sogar mehr Christdemokraten als Linkssozialisten, Sozialdemokraten und Bündnisgrüne; und im Vogtlandkreis ist fast eine Pattsituation

zu verzeichnen. Daran wird die Misere der drei Mitte-Links-Parteien<sup>32</sup> in den ländlichen Regionen deutlich (vgl. Tabelle 3).

Anders als in den Landkreisen ist die Situation in den drei Großstädten: Lediglich in Dresden ist die CDU knapp die stärkste Partei, während sie in Leipzig hinter der Linken und der SPD auf dem dritten Platz rangiert. Vor allem aber in Chemnitz, wo die Christdemokraten ihren mit Abstand kleinsten Gebietsverband im Freistaat haben, dürfte die CDU in einer ähnlichen Lage wie die anderen Parteien auf dem Land sein, denn mit 300 bis 400 Mitgliedern kann eine Partei in einer Großstadt mit fast 250.000 Einwohnern schwerlich einen aussichtsreichen Wahlkampf organisieren. Dafür sprechen die schlechten Ergebnisse der christdemokratischen Kandidaten bei den Chemnitzer Oberbürgermeisterwahlen (vgl. Tabelle 1). Allerdings lässt sich dagegen einwenden, dass die SPD als drittgrößte Partei immer erfolgreich war. Auch in ihrer (vermeintlichen) Hochburg Leipzig haben die Sozialdemokraten nur unwe sentlich mehr Mitglieder als die Christdemokraten und erheblich weniger als die Linkssozialisten (vgl. Tabelle 3). Darunter mag die Kampagnenfähigkeit der Partei leiden, nicht jedoch der Erfolg ihrer Kandidaten. Das spricht dafür, dass das Bewerbertableau wichtiger als die Parteien oder deren organisatorischen Voraussetzungen für einen Wahlkampf sein kann.

**Tabelle 4:** Stimmenstärkste Parteien bei Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahlen in Chemnitz, Dresden und Leipzig seit 1994

Chemnitz	StR	OB	Dresden	StR	OB	Leipzig	StR	OB
1994	SPD	SPD	1994	CDU	CDU	1994	SPD	SPD
1999/2001	CDU	SPD	1999/2001	CDU	OBfDD	1994/1998	SPD	SPD
2004/2006	PDS	SPD	2004/2008	CDU	CDU	2004/2005	SPD	SPD
2009/2013	Linke	SPD	2014/2015	CDU	UBfDD	2004/2006	SPD	SPD
						2009/2013	CDU	SPD

Anmerkungen: Bei den Stadtratswahlen (StR; zuerst genannte Jahreszahl) ist die jeweils letzte Abstimmung vor der betreffenden Oberbürgermeisterwahl (OB; zuletzt genannte Jahreszahl) angegeben. OBfDD = OB für Dresden (Bündnis aus SPD, PDS, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und ÖDP). UBfDD = Unabhängige Bürger für Dresden.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

Allerdings ist ein Zusammenhang zwischen den Mitgliederbeständen und den Wahlergebnissen einer Partei mit Blick auf die Stadtrats- beziehungsweise Kreistags- und die Oberbür-

32 Darüber, ob Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen wirklich dem Mitte-Links-Lager zugeordnet werden können, ließe sich streiten. In diesem Landesverband, der seine Ursprünge vor allem in der DDR-Bürgerrechtsbewegung und weniger in der Umwelt- beziehungsweise Friedensbewegung hat, wurde schon Mitte der 1990er-Jahre über eine Koalition mit der CDU nachgedacht. Nach der Landtagswahl 2014 gab es abermals Diskussionen über ein schwarz-grünes Bündnis, die mit einer Ablehnung durch die Gremien und dem Rückzug der Fraktionsvorsitzenden *Antje Hermenau* aus der aktiven Politik – sowie einige Monate später mit dem Parteiaustritt – endeten; vgl. *Hendrik Träger*, Die ostdeutschen Landesverbände in den Bundesparteien. Personelle, inhaltlich-programmatische und finanzielle Beziehungen (1990-2007), Frankfurt am Main u.a. 2011, S. 414 f.; *Eckhard Jesse*, Die sächsische Landtagswahl vom 31. August 2014: Zäsur für das Parteienystem nach der zweiten nicht großen „Großen Koalition“, in: *ZParl*, 46. Jg. (2015), H. 1, S. 3 – 20, S. 16 f.

**Tabelle 5: Stimmenstärkste Parteien bei Landrats- und Kreistagswahlen (1994/95 bis 2015)**

Landkreise		LR 1994/95 vs. KT 1994	LR 2001/02 vs. KT 1999	LR 2008 vs. KT 2004	LR 2015 vs. KT 2014
seit 2008	Wahlen 1994/95 und 2001/02				
Bautzen	Bautzen Kamenz	CDU CDU	CDU CDU	CDU	CDU
Erzgebirgskreis	Annaberg Aue-Schwarzenberg Mittlerer Erzgebirgskreis Stollberg	CDU CDU CDU CDU	BF / CDU CDU CDU CDU	CDU	CDU
Görlitz	Löbau-Zittau Niederschlesischer Oberlausitzkreis	CDU CDU	CDU CDU	CDU	CDU
Leipzig	Leipziger Land Muldental	CDU CDU	SPD / CDU CDU	CDU	CDU
Meißen	Meißen-Radebeul bzw. Meißen Riesa-Großenhain	CDU CDU	CDU CDU	CDU	CDU
Mittelsachsen	Döbeln Freiberg Mittweida	CDU CDU CDU	CDU AUW / CDU CDU	CDU	CDU
Nordsachsen	Delitzsch Torgau-Oschatz	CDU CDU	CDU EB / CDU	CDU	CDU
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	Sächsische Schweiz Weißenitzkreis	CDU CDU	CDU CDU	CDU	CDU
Vogtlandkreis		CDU	CDU	CDU	CDU
Zwickau	Chemnitzer Land Zwickauer Land	CDU CDU	CDU CDU	CDU	CDU

Anmerkungen: AUW = „Allianz Unabhängiger Wähler“; BF = „Bürgerforum Annaberg e.V.“; EB = Einzelbewerber.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

germeister- respektive Landratswahlen (vgl. Tabelle 4 und 5) auch nicht gänzlich von der Hand zu weisen: Die Christdemokraten sind die dominante politische Kraft in den Landkreisen und – mit Ausnahme von zwei Oberbürgermeisterwahlen – auch in Dresden, während sie in Chemnitz und Leipzig allenfalls bei einzelnen Stadtratswahlen<sup>33</sup> Erfolge verbuchen konnten. In diesen beiden Städten überzeugten häufig die Sozialdemokraten beziehungsweise – bei drei Chemnitzer Stadtratswahlen – die Linkssozialisten die (relative) Mehrheit der Wähler von sich. Die SPD dominierte also nur bei den personenzentrierten Oberbürgermeisterwahlen und musste bei den Stadtratswahlen stärker mit den konkurrierenden Parteien um das Vertrauen der Bürger kämpfen. Das relativiert die Darstellung von

33 Weil in Tabelle 4 nur die jeweils letzte Stadtratswahl vor einer Oberbürgermeisterwahl abgebildet ist, wird der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, dass die CDU in Chemnitz zweimal (1999, 2014) und in Leipzig sogar dreimal (1999, 2009, 2014) stärkste Partei wurde.

Chemnitz und Leipzig als Hochburgen der Sozialdemokraten. Auch dort ist keine Wahl ein reiner „Durchmarsch“ für die SPD, denn die Partei steht nicht von vornherein als Gewinnerin fest. Einen solchen Durchmarsch gibt es allenfalls für die Christdemokraten in den Landkreisen, wo die CDU die größte Fraktion in den Kreistagen stellt (vgl. Tabelle 5) und zumindest zeitweise sogar absolute Mehrheiten erreichte.

Die Dominanz der Christdemokraten bei den Landratswahlen ist aber in einem nicht un wesentlichen Maße auch auf das teilweise eklatante Organisationsdefizit der anderen Parteien zurückzuführen: Die CDU trat als einzige Partei bei allen Abstimmungen (mit Ausnahme des 2. Wahlganges bei der Landratswahl 2001 im Leipziger Land) an, während die anderen Parteien gar nicht kandidierten oder sich im Rahmen von Wahlbündnissen beteiligten, wie mit Blick auf die Wahlen seit der Jahrtausendwende deutlich wird:

- Die Linkssozialisten schickten 2001/2002 in 21 der 22 damals bestehenden Landkreisen, 2008 in allen zehn (mit Ausnahme bei der Neuwahl im Leipziger Land) und 2015 in sechs Landkreisen eigene Bewerber ins Rennen. Bei den letzten Wahlen kooperierte die Linke in drei weiteren Landkreisen im Rahmen von Bündnissen mit SPD und/oder Bündnis 90/Die Grünen, so dass sich die Partei lediglich im Landkreis Bautzen gar nicht an der Wahl beteiligte.
- Die SPD hatte 2001/2002 nur im Zwickauer Land keinen eigenen Bewerber, war dort aber Teil eines Wahlbündnisses. Im Jahr 2015 gab es allerdings bloß noch drei sozialdemokratische Kandidaten; zweimal kooperierten die Sozialdemokraten mit anderen Parteien, so dass die SPD in der Hälfte der zehn Landkreise nicht auf dem Wahlzettel stand.
- Ein Rückgang der Bewerberzahl lässt sich auch für Bündnis 90/Die Grünen und die FDP als die kleineren Parteien konstatieren, wobei große Schwankungen zwischen direkt aufeinander folgenden Wahljahren zu verzeichnen sind. Die Bündnisgrünen hatten 2001/2002 einen, 2008 sieben und 2015 drei eigene Bewerber; zusätzlich beteiligten sie sich 2015 an drei Wahlbündnissen. Die Liberalen traten 2001/2002 in zwei, 2008 in sieben und 2015 in zwei Landkreisen an. Für beide Parteien scheint ein Zusammenhang zwischen der parlamentarischen Präsenz auf der Landesebene<sup>34</sup> und dem Bewerbertableau bei den Landratswahlen zu bestehen. Ob tatsächlich eine entsprechende Kausalität vorliegt, kann und soll hier nicht geklärt werden, wäre aber ein interessantes Thema für ein Forschungsprojekt.

Letztlich führte die schwierige Personalsituation der Parteien also dazu, dass sich die Anzahl der Bewerber seit 2001/2002 mehr als halbierte. Im Jahr 2015 traten nur noch 33 Kandidaten an; in drei Landkreisen konnten sich die Wähler lediglich zwischen zwei Personen entscheiden (vgl. Tabelle 6): In Görlitz und Mittelsachsen kam es zu Duellen zwischen der CDU und der Linken; in Bautzen konkurrierten ein Christdemokrat und ein Bündnisgrüner. Diese eingeschränkte Auswahlmöglichkeit für die Wähler muss bei der Analyse der Ergebnisse berücksichtigt werden: Dass die Christdemokraten in den drei „Duell-Landkreisen“ 65,7 bis 73,0 Prozent der Stimmen bekamen und damit die besten Ergebnisse der Landratswahlen 2015 verbuchen konnten, lässt sich nicht unbedingt als Votum für die CDU interpretieren. Vielmehr ist bei den Bürgern, die keinen Kandidaten aus persönlicher Überzeugung wählen wollten und mit keiner der angetretenen Parteien sympathisierten,

<sup>34</sup> Bündnis 90/Die Grünen und FDP waren von 1994 bis 2004 außerparlamentarisch; die Liberalen schieden 2014 nach zehn Jahren wieder aus dem Landtag aus.

*Tabelle 6: Anzahl der bei den Landratswahlen angetretenen Bewerber (2001/02 bis 2015; nur 1. Wahlgang)*

Landkreise		2001/02	2008	2015
seit 2008	Wahlen 2001/02			
Bautzen	Bautzen	3	6	2
	Kamenz	2		
Erzgebirgskreis	Annaberg	3	7	5
	Aue-Schwarzenberg	3		
	Mittlerer Erzgebirgskreis	3		
	Stollberg	4		
Görlitz	Löbau-Zittau	4	8	2
	Niederschlesischer Oberlausitzkreis	3		
Leipzig	Leipziger Land	4	4	4
	Muldental	4		
Meißen	Meißen-Radebeul bzw. Meißen	3	6	3
	Riesa-Großenhain	3		
Mittelsachsen	Döbeln	3	6	2
	Freiberg	5		
	Mittweida	3		
Nordsachsen	Delitzsch	3	6	5
	Torgau-Oschatz	4		
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Sächsische Schweiz	5	6	4
	Weißeritzkreis	4		
Vogtlandkreis		3	3	3
Zwickau	Chemnitzer Land	3	5	3
	Zwickauer Land	3		
<b>Gesamt</b>		<b>72</b>	<b>57</b>	<b>33</b>

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach Angaben des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

folgender Abwägungsprozess möglich: „Wen wähle ich? Die Antwort ist: Entweder gar nicht oder das kleinere Übel, in dem Fall offensichtlich die CDU.“<sup>35</sup> Dieser Logik folgend dürften sich einige Wähler letztlich nicht ausdrücklich für den Christdemokraten, sondern vielmehr gegen den anderen Kandidaten entschieden haben. Insofern sollten die Siege der CDU zurückhaltender eingeschätzt werden, als es die Ergebnisse auf den ersten Blick suggerieren.

Im Gegensatz zu den Bürgern in den Landkreisen bot sich den Großstädtern ein wesentlich größeres Personaltableau: Bei den ersten Durchgängen der Oberbürgermeisterwahlen seit 2001 – also im selben Zeitraum wie bei den Landratswahlen – konnten sich die Chemnitzer zwischen fünf (2001, 2006) und sieben Kandidaten (2013), die Dresdner zwischen vier (2001) und acht Bewerbern (2008) sowie die Leipziger zwischen sechs (2013) und acht

35 Hendrik Träger, a.a.O. (Fn. 12), S. 8.

Anwärtern (2005) entscheiden. Mit Ausnahme der Dresdner Oberbürgermeisterwahlen 2001 und 2015, bei der SPD und PDS im Rahmen einer überparteilichen Initiative beziehungsweise eines Bündnisses den Liberalen *Ingolf Rößberg* respektive die Sozialdemokraten *Eva-Maria Stange* unterstützten, schickten die drei großen Parteien im ersten Wahlgang jeweils eigene Bewerber ins Rennen.

Angesichts der referierten Zahlen werden die Differenzen zwischen Stadt und Land deutlich: Während die CDU in den Landkreisen nur eine schwache Konkurrenz hat, so dass die Landratswahlen nicht selten einem risikolosen „Durchmarsch“ gleichen, befindet sie sich in den Großstädten in einem richtigen Wettbewerb mit den anderen Parteien.

#### *4. Kandidaten: am besten aus der Region und mit Verwaltungserfahrung*

Beim Blick auf die Parteien darf nicht vergessen werden, dass bei den Direktwahlen der Oberbürgermeister und Landräte – im Gegensatz zu den anderen Urnengängen in Deutschland – nicht Parteien, sondern Personen zur Wahl stehen, weshalb die Kandidaten eine besondere Rolle spielen. Das wird schon allein daran deutlich, dass die gewählten Oberbürgermeister beziehungsweise Landräte fast immer wesentlich mehr Stimmen erhielten als ihre Partei bei der jeweils letzten Stadtrats- respektive Kreistagswahl. Das gilt insbesondere für die Sozialdemokraten *Peter Seifert* und *Wolfgang Tiefensee*, die bei ihrer Wiederwahl in Chemnitz beziehungsweise Leipzig einen Abstand von mehr als 40 Prozentpunkten zu ihrer Partei hatten. Aber nicht nur Amtsinhaber, sondern auch neue Bewerber können sich deutlich von ihrer Partei absetzen, wie die Ergebnisse von *Barbara Ludwig* in Chemnitz (2006: 20,3 beziehungsweise 31,7 Prozentpunkte)<sup>36</sup> und *Helma Orosz* in Dresden (2008: 19,4 beziehungsweise 35,8 Prozentpunkte) sowie von *Henry Graichen* (Landkreis Leipzig: 29,3 Prozentpunkte) und *Matthias Damm* (Mittelsachsen: 23,6 Prozentpunkte) bei den Landratswahlen 2015 deutlich machen. Diesen Kandidaten gelang es offenbar, partei- und gegebenenfalls auch lagerübergreifend besonders viele Wähler von sich zu überzeugen.

Was aber nun diese Bewerber für die Wähler so attraktiv respektive vertrauenswürdig macht, lässt sich aufgrund der Vielzahl der Wahlen seit 1994 in diesem Beitrag nicht vollständig klären. Daher erfolgt eine Auswahl: Es werden nur die Oberbürgermeister und gegebenenfalls die unterlegenen Kandidaten aus den Reihen der CDU sowie alle Bewerber bei den Landratswahlen seit 2008<sup>37</sup>, bei denen ein neuer Landrat<sup>38</sup> gewählt wurde, berücksichtigt. Letzteres passierte im angegebenen Zeitraum nur 2008 im Erzgebirgskreis und 2015 in den Landkreisen Leipzig, Mittelsachsen und Nordsachsen sowie im Vogtlandkreis. Bei der Analyse wird – den Befunden aus der Forschungsliteratur folgend – der Schwerpunkt auf den regionalen Bezug und die kommunalpolitischen Erfahrungen der Bewerber gelegt.

36 Die beiden angegebenen Werte beziehen sich auf den 1. Wahlgang und die Neuwahl.

37 Die Wahlen 2008 wurden als Beginn der Analyse ausgewählt, weil es im Rahmen dieses Beitrages aus arbeitsökonomischen Gründen nicht möglich war, die Biographien aller Bewerber bei den Landratswahlen seit 1994 zu recherchieren und auszuwerten. Insofern bildet die vorliegende Untersuchung nur einen kleinen Ausschnitt ab, so dass die Ergebnisse unter Umständen nicht repräsentativ für die Zeit seit 1994 sind.

38 Bei den Wahlen 2008 werden die Landräte der damals aufgelösten Landkreise als Amtsinhaber gewertet. Siehe Tabelle A1 „Landräte seit 1990“, die zusätzlich zu diesem Beitrag unter [http://hendriktraeger.de/data/documents/Traeger+Pollex\\_ZParl\\_Anhang.pdf](http://hendriktraeger.de/data/documents/Traeger+Pollex_ZParl_Anhang.pdf) abrufbar ist.

#### 4.1. Das Bewerbertableau bei den Oberbürgermeisterwahlen

Bei den Oberbürgermeistern können mit *Peter Seifert*, *Herbert Wagner* und *Hinrich Lehmann-Grube* diejenigen unberücksichtigt bleiben, die das Amt bereits vor der ersten Direktwahl 1994 ausübten und deshalb vom Bonus des Amtsinhabers profitieren konnten. Bei den sechs anderen Stadtoberhäuptern fällt auf, dass alle über umfangreiche kommunalpolitische Erfahrungen verfügten<sup>39</sup>:

- Mit dem Sozialdemokraten *Wolfgang Tiefensee* wurde 1998 der für Jugend, Schule und Sport zuständige Beigeordnete und Bürgermeister zum neuen Leipziger Oberbürgermeister gewählt. Als „Kronprinz“<sup>40</sup> von Amtsinhaber *Hinrich Lehmann-Grube* hatte er einen von den Leipzigern geschätzten Mentor hinter sich, wodurch seine Wahlchancen erhöht wurden.
- Der FDP-Politiker *Ingolf Roßberg*, der 2001 die Wahl in Dresden gegen Amtsinhaber *Herbert Wagner* (CDU) gewann, hatte Anfang der 1990er Jahre – ausgerechnet unter *Wagner* – als Dezernent für Stadtentwicklung gearbeitet, bevor er 1994 Erster Beigeordneter in Radebeul wurde und sechs Jahre später kurzzeitig Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr im nordrhein-westfälischen Wuppertal war. Der Liberale, der schon 1994 gegen *Wagner* angetreten war, verfügte also über umfangreiche kommunalpolitische Erfahrungen.
- *Burkhard Jung* (SPD), der 2006 Nachfolger von *Tiefensee* wurde, arbeitete in Leipzig zunächst als Beigeordneter für Jugend, Schule und Sport, bevor er 2001 zusätzlich die Verantwortung für die Bereiche Soziales und Gesundheit übernahm. Außerdem war er Olympiabeauftragter der Stadt; diese Funktion gab er 2003 jedoch auf, nachdem er wegen Provisionszahlungen der Stadt an eine Beratungsfirma in die Kritik geraten war.<sup>41</sup>
- Die 2006 zur Chemnitzer Oberbürgermeisterin gewählte *Barbara Ludwig* (SPD) arbeitete als Dezernentin für Gesundheit, Soziales und Kultur mit ihrem Vorgänger *Peter Seifert* zusammen, bevor sie 2004 als Ministerin für Wissenschaft und Kunst in die sächsische Staatsregierung wechselte.
- Mit der damaligen Sozialministerin *Helma Orosz* wurde 2008 in Dresden ein weiteres Mitglied der sächsischen Staatsregierung an die Spitze einer Stadtverwaltung gewählt. Die Christdemokratin hatte in den 1990er Jahren – damals noch als Parteilose – als Gesundheits- und Sozialdezernentin im Landkreis Weißwasser und im 1994 gebildeten Niederschlesischen Oberlausitzkreis gearbeitet, bevor sie 2001 zur Oberbürgermeisterin von Weißwasser gewählt wurde und dieses Amt bis zu ihrer Berufung zur Ministerin (2003) bekleidete.
- Zum Nachfolger *Orosz* wählten die Dresdner 2015 den Liberalen *Dirk Hilbert*, der bereits unter *Roßberg* das Amt des Wirtschaftsbeigeordneten innehatte und 2008 als Erster Bürgermeister Stellvertreter der Oberbürgermeisterin wurde. In dieser Funktion

39 Siehe Tabelle A2 „Profile der Oberbürgermeister/innen und ggf. der unterlegenen CDU-Kandidaten (1994 bis 2015)“ unter [http://hendriktraeger.de/data/documents/Traeger+Pollex\\_ZParl\\_Anhang.pdf](http://hendriktraeger.de/data/documents/Traeger+Pollex_ZParl_Anhang.pdf).

40 „Leipzig im Glück“, in: Die Zeit online vom 19. Januar 1996, [http://www.zeit.de/1996/04/Leipzig\\_im\\_Glueck](http://www.zeit.de/1996/04/Leipzig_im_Glueck) (Abruf am 19. Juni 2016).

41 Vgl. *Stefan Willeke*, Rote Karte für Leipzig, in: Die Zeit online vom 13. November 2003, [http://www.zeit.de/2003/47/01\\_\\_Leiter\\_2](http://www.zeit.de/2003/47/01__Leiter_2) (Abruf am 19. Juni 2016).

**Tabelle 7: Ausgewählte Kandidaten bei Oberbürgermeisterwahlen seit 1994**

	kommunalpolitische Erfahrung	keine kommunalpolitische Erfahrung
lokaler Bezug	<i>Albrecht, Uwe</i> (L: 1994, 2006) <i>Clemen, Robert</i> (L: 2005) <b>Jung, Burkhard</b> (L: 2006, 2013) <i>Kaminski, Peter</i> (L: 1998) <b>Lehmann-Grube, Hinrich</b> (L: 1994) <b>Ludwig, Barbara</b> (C: 2006, 2013) <i>Nonnen, Detlef</i> (C: 2006) <b>Roßberg, Ingolf</b> (DD: 2001) <b>Seifert, Peter</b> (C: 1994, 2001) <b>Tiefensee, Wolfgang</b> (L: 1998, 2005) <b>Wagner, Herbert</b> (DD: 1994, 2001 verloren) <i>Wehner, Christian</i> (C: 2001)	<i>Burghart, Ralph</i> (C: 2013) <i>Waurzynski, Horst</i> (L: 2013)
kein lokaler Bezug	<i>Höß, Josef</i> (C: 1994) <b>Orosz, Helma</b> (DD: 2008) <i>Ulbig, Markus</i> (DD: 2015)	–

Anmerkung: Die fett gedruckten Kandidaten wurden gewählt. Abkürzungen: C = Chemnitz; DD = Dresden; L = Leipzig.  
Quelle: Eigene Recherche und Darstellung.

übernahm er zeitweise die Amtsgeschäfte der erkrankten CDU-Politikerin, so dass er den Dresdnern bereits vor seiner Kandidatur vertraut war.

Mit Ausnahme von *Helma Orosz* hatten alle Oberbürgermeister – wenngleich nicht immer unmittelbar vor ihrer Wahl – in der jeweiligen Stadt als Beigeordnete oder Bürgermeister gearbeitet, so dass sie den Wählern über viele Jahre hinweg bekannt waren.

Ein lokaler Bezug und kommunalpolitische Erfahrungen sind allerdings keine hinreichenden Bedingungen für eine erfolgreiche Bewerbung, wie mit Blick auf die missglückte Wiederwahl des Dresdner Oberbürgermeisters *Herbert Wagner* (2001) und die erfolglosen Kandidaturen von *Uwe Albrecht*, *Peter Kaminski* und *Robert Clemen* in Leipzig sowie von *Detlef Nonnen* und *Christian Wehner* in Chemnitz deutlich wird (vgl. Tabelle 7):

- Mit *Nonnen* und *Kaminski* traten zwei Stadtkämmerer gegen ihre bisherigen beziehungsweise früheren Kollegen *Tiefensee* und *Ludwig* an und verloren diese Duelle der kommunalpolitisch erfahrenen Politiker mit großem Abstand (vgl. Tabelle 1). Für die deutlichen Wahlerfolge dürfte aber auch die Unterstützung der Sozialdemokraten durch die damaligen Amtsinhaber (mit)entscheidend gewesen sein. Bei *Kaminski* kam im Frühjahr 1998 noch der negative Bundesrendt für die CDU nach fast 16 Jahren Kanzlerschaft von *Helmut Kohl* hinzu.
- *Albrecht* und *Clemen*, die – neben ihrer Tätigkeit als Landtagsabgeordnete – dem Leipziger Stadtrat angehörten, und der stellvertretende Regierungspräsident von Chemnitz *Wehner* waren zwar in der Kommunalpolitik aktiv beziehungsweise arbeiteten auf der Ebene zwischen Kommunen und Land, hatten jedoch gegen die populären Amtsinhaber *Lehmann-Grube*, *Tiefensee* und *Seifert* keine realistische Chance. *Clemen* wurde 2005 mit einem Stimmenanteil von lediglich 9,8 Prozent geradezu deklassiert.

Dies widerfuhr auch *Josef Höß* (10,7 Prozent) bei der Chemnitzer Oberbürgermeisterwahl 1994. Er verfügte zwar als ehemaliger Oberbürgermeister von Kempten und damaliger Beigeordneter in Dresden über vielfältige kommunalpolitische Erfahrungen, hatte aber keinen Bezug zu Chemnitz. Ähnlich erging es 2015 dem sächsischen Innenminister *Markus*

*Ullig* in Dresden. Der Christdemokrat, der von 2001 bis 2009 Pirnaer Oberbürgermeister gewesen war, hatte in der Landeshauptstadt nur seinen Landtagswahlkreis und wollte seinen Wohnort nicht nach Dresden verlagern. Mit entsprechenden Äußerungen im Wahlkampf (zum Beispiel: „Ich bewerbe mich ja in Dresden nicht um eine Wohnung, sondern um das Amt des Oberbürgermeisters.“<sup>42</sup>) dürfte er sich die Sympathien vieler Elbestädter, die für ihren Lokalpatriotismus bekannt sind, verspielt haben.

Im Vergleich zu diesen beiden Kandidaten waren die Aussichten für *Uwe Albrecht* 2006 bei seiner zweiten Bewerbung um das Amt des Leipziger Oberbürgermeisters, als er gegen den damaligen Beigeordneten *Burkhard Jung* antrat, wesentlich besser. *Jung* war wegen eines Skandals in die Kritik geraten (siehe oben) und damit für den Christdemokraten kein unbesiegbarer Gegner. Der Abstand zwischen den beiden Politikern betrug weniger als zehn Prozentpunkte, so dass das Rennen vergleichsweise offen war (vgl. Tabelle 1).

Unter den in der Analyse berücksichtigten Kandidaten stellen *Ralph Burghart* und *Horst Wawrzynski* insofern eine Ausnahme dar, als sie ohne kommunalpolitische Erfahrungen in Form eines Stadtratsmandates oder einer Tätigkeit in der Stadtverwaltung gegen die Amtsinhaber antraten. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage schafften sie immerhin mehr als einen Achtungserfolg, denn *Ludwig* und *Jung* mussten in den zweiten Wahlgang gehen. Kommunalpolitisch unerfahrene Bewerber müssen also nicht zwangsläufig das Schicksal von reinen Zählkandidaten erleiden, sind aber zumindest in Sachsen noch nie an die Spitze der Großstädte gewählt worden.

#### 4.2. Das Bewerbertableau bei ausgewählten Landratswahlen 2008 und 2015

Wie bei den Oberbürgermeistern scheint auch bei den Landräten die kommunalpolitische Erfahrung eine notwendige Bedingung für den Wahlerfolg zu sein. Die Gewinner der fünf untersuchten Landratswahlen eint, dass sie (Ober-)Bürgermeister und/oder Beigeordnete im Landratsamt waren und damit zumindest den politisch interessierten Bürgern im jeweiligen Landkreis bereits vor ihrer Kandidatur bekannt gewesen sein dürften. Das ist aber keineswegs eine hinreichende Voraussetzung für einen Wahlerfolg, wie beispielsweise die Kandidaturen von *Klaus Jürgen Tischendorf* (Sachgebietsleiter im Landratsamt), *Marcel Schmidt* (Bürgermeister von Stollberg) und *Gunnar Gemeinhardt* (Bauleiter im Landratsamt) zeigen (vgl. Tabelle 8).<sup>43</sup>

Bei der Wahl 2008 im Erzgebirgskreis scheiterte mit dem damaligen Stollberger Landrat *Kurt Udo Hertwich* sogar ein Amtsinhaber. Für das klägliche Ergebnis von 3,9 Prozent dürfte entscheidend gewesen sein, dass der Christdemokrat mit *Frank Heinz Vogel* als dem Kandidaten seiner eigenen Partei nicht einverstanden war, deshalb bei der Neuwahl – also im zweiten Durchgang – antrat und als Einzelbewerber ungünstige Bedingungen für die Organisation des ohnehin nur zwei Wochen dauernden Wahlkampfes hatte. Kommunalpolitische Erfahrungen allein führen also noch keineswegs zu einem Wahlerfolg.

42 *Markus Ullig*, zitiert nach *Christian Fischer*, Darum ziehe ich nicht nach Dresden, in: BILD (Dresden) online vom 27. April 2015, <http://www.bild.de/regional/dresden/markus-ulbig/darum-ziehe-ich-nicht-nach-dresden-40708588.bild.html> (Abruf am 20. Juni 2016).

43 Siehe auch die zusätzliche Tabelle A3 „Profile ausgewählter Landratskandidaten (2008 bis 2015)“ auf [http://hendriktraeger.de/data/documents/Traeger+Pollex\\_ZParl\\_Anhang.pdf](http://hendriktraeger.de/data/documents/Traeger+Pollex_ZParl_Anhang.pdf).

**Tabelle 8: Kandidaten bei ausgewählten Landratswahlen 2008 und 2015**

	kommunalpolitische Erfahrung	keine kommunalpolitische Erfahrung
regionaler Bezug	<b>Damm, Matthias</b> (CDU; FG: 2015) <b>Emanuel, Kai</b> (CDU; TDO: 2015) <i>Gemeinhardt, Gunnar</i> (Einzel; V: 2015) <b>Graichen, Henry</b> (CDU; L: 2015) <i>Günther, Tino</i> (FDP; ERZ: 2008) <i>Hertwich, Kurt Udo</i> (Einzel; ERZ: 2008) <b>Keil, Rolf</b> (CDU; V: 2015) <i>Löffler, Mario</i> (NPD; ERZ: 2008) <i>Schmidt, Alexander</i> (Grüne; L: 2015) <i>Schmidt, Marcel</i> (FWE; ERZ: 2008) <i>Stange, Enrico</i> (Linke; L: 2015) <i>Tischendorf, Klaus Jürgen</i> (Linke; ERZ: 2008) <b>Vogel, Frank Heinz</b> (CDU; ERZ: 2008)	<i>Döring, Jörg</i> (FDP; TDO: 2015) <i>Gerlach, Johannes</i> (SPD; ERZ: 2008) <i>Hettlich, Peter</i> (Linke/Grüne; TDO: 2015) <i>Olenizak, Ralph</i> (AfD; TDO: 2015) <i>Schiebold, Michael</i> (Linke; V: 2015) <i>Tandler-Walenta, Marika</i> (Linke; FG: 2015) <i>Weise, Jörg</i> (SPD; L: 2015)
kein regionaler Bezug	<i>Kohlmann, Martin</i> (DSU; ERZ: 2008)	<i>Menzel, Lars</i> (SPD; TDO: 2015)

Anmerkung: Die fett gedruckten Kandidaten wurden gewählt. Abkürzungen: ERZ = Erzgebirgskreis; FG = Landkreis Mittelsachsen; L = Landkreis Leipzig; TDO = Landkreis Nordsachsen; V = Vogtlandkreis.

Quelle: Eigene Recherche und Darstellung.

Bei einem Vergleich zwischen den Oberbürgermeister- und den Landratswahlen fällt auf, dass in den Landkreisen nur 63,6 Prozent der Kandidaten kommunalpolitische Erfahrungen aufweisen, während es in den Großstädten sogar 84,6 Prozent der nicht als Amtsinhaber angetretenen Bewerber sind. Mit Blick auf die einzelnen Landkreise lassen sich deutliche Differenzen konstatieren: Hatten bei der Wahl 2008 im Erzgebirgskreis sieben von acht Kandidaten ein Amt in der Verwaltung oder ein Mandat im Stadt- respektive Gemeinderat oder im Kreistag inne, so traf dies 2015 in Mittelsachsen und Nordsachsen nur auf die letztlich erfolgreichen Bewerber aus den Reihen der CDU zu. Im Landkreis Leipzig und im Vogtlandkreis traten damals immerhin jeweils zwei Personen mit kommunalpolitischen Erfahrungen an, wobei es in beiden Fällen erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung der Ämter gab. Im Landkreis Leipzig waren unter den vier Bewerbern mit *Henry Graichen* ein hauptamtlicher Bürgermeister und der CDU-Fraktionsvorsitzende im Kreistag sowie mit *Alexander Schmidt* ein ehrenamtlicher Stadtrat. Im Vogtlandkreis kandidierten der Erste Beiordnete des Landkreises *Rolf Keil*, der als Stellvertreter des Landrates fungierte, und der Bauleiter im Landratsamt *Gunnar Gemeinhardt*; der dritte Bewerber hatte keine kommunalpolitischen Erfahrungen.

Eine Gemeinsamkeit von Stadt und Land ist der große Anteil an Kandidaten aus der Stadt beziehungsweise dem Landkreis oder zumindest mit einem entsprechenden persönlichen Bezug. Dieses Kriterium erfüllen 90,9 Prozent der berücksichtigten Aspiranten für das Amt des Landrates und 76,9 Prozent der nicht als Amtsinhaber angetretenen Bewerber bei Oberbürgermeisterwahlen. Die beiden Werte liegen zu nah beieinander, um dahingehend argumentieren zu können, dass in den ländlichen Regionen die regionale Herkunft beziehungsweise die Verankerung vor Ort tatsächlich wichtiger als in den Großstädten ist. Mit dieser Frage könnten sich jedoch eigenständige Forschungsprojekte beschäftigen, in deren Rahmen die Bürger befragt werden.

Dass Kandidaten ihren regionalen Bezug als Vorteil betrachten und im Wahlkampf entsprechend einsetzen, wird am Beispiel von *Kai Emanuel* deutlich. Der Christdemokrat kandidierte 2015 als Landrat in Nordsachsen und warb mit dem Slogan „Ein Nordsachse. Für Nordsachsen“<sup>44</sup>. Diese regionale Karte konnte er spielen, weil mit *Peter Hettich* (Linke/Grüne) und *Lars Menzel* (SPD) seine Hauptkonkurrenten nicht (mehr) im Landkreis wohnten und eher Verlegenheitskandidaten ohne kommunalpolitische Erfahrungen waren. Daran wird abermals die schwierige Personalsituation aller Parteien mit Ausnahme der CDU in den ländlichen Regionen deutlich.

### 5. Fazit: mögliche Auswege für Strukturschwäche und Kandidatendilemma

Ein wesentlicher Grund für die erheblichen Unterschiede zwischen den Oberbürgermeister- und den Landratswahlen in Sachsen ist darin zu suchen, dass die Mitgliederbestände der Parteien zwischen Stadt und Land erheblich differieren und sich dadurch Unterschiede hinsichtlich der Rekrutierungs- und Kampagnenfähigkeit ergeben: In den drei sächsischen Großstädten sind Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen – sowohl in absoluten Zahlen als auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Parteimitgliedern und Einwohnern (vgl. Tabelle 3) – besser vertreten als in den Landkreisen. Aufgrund dieser strukturell-organisatorischen Schwäche in den ländlichen Regionen fällt es den Parteien zunehmend schwerer, eigene Kandidaten für die Landratswahlen zu nominieren. Deshalb konnten sich die Wähler 2015 in einigen Regionen nur noch zwischen zwei Bewerbern entscheiden.

Weil keine Verbesserung der Rekrutierungsfähigkeit der Parteien, sondern angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren<sup>45</sup> vielmehr eine weitere Verschlechterung zu erwarten ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Bewerbersituation noch weiter verschärfen wird. Das betrifft nicht nur Sachsen, sondern – mit Ausnahme einzelner Parteien – alle Bundesländer. Wenn sich die Bürger aber in zunehmenden Maße nur noch zwischen zwei Bewerbern entscheiden können, lässt sich nicht ausschließen, dass sich diese Situation auch auf die Wahlbeteiligung und die Zufriedenheit mit den politischen Entscheidungen vor Ort auswirkt; beides wäre schlecht für die Demokratie auf lokaler Ebene. Zwar könnten andere Parteien oder Wählergemeinschaften das entstehende Vakuum nutzen; aber das dürfte nicht im Interesse der etablierten Parteien sein, denn langfristig wäre auch bei Landtags- oder Bundestagswahlen die Kampagnenfähigkeit vor Ort in Gefahr. Daher müssen die Parteien schnellstmöglich geeignete Konzepte entwickeln, um zunächst ihre Mitgliederverluste zu stoppen und dann mittelfristig ihre Basis wieder auszubauen.

Eine andere Möglichkeit, die Zahl der Kandidaten zu erhöhen, besteht darin, dass einander nahestehende Parteien langfristige Bündnisse bilden und über Jahre hinweg einen gemeinsamen Kandidaten aufzubauen. Solche Kooperationen entstanden bisher aus der Not heraus kurzfristig, und dann war der Bewerber offenbar keine richtige Alternative für die Bürger. Aber gerade auf kommunaler Ebene spielen die Parteien bei der Wahlentscheidung

44 So hieß der Slogan von *Kai Emanuel*, der unter anderem auf der Homepage (<http://kai-emanuel.de/>) und den Plakaten stand.

45 Zur Entwicklung der Mitgliederzahlen der Parteien in allen Bundesländern siehe exemplarisch Oskar Niedermayer, a.a.O. (Fn. 20), S. 418.

häufig nur eine nachrangige Rolle, weshalb dort – im Gegensatz zur Landes- oder Bundes-ebene – ein solches Vorgehen möglich ist und, wie ein Blick auf manche Bürgermeisterwahlen in Sachsen<sup>46</sup> zeigt, erfolgreich sein kann.

Im Gegensatz zu den ländlichen Regionen ist die Situation in den Großstädten deutlich besser. Bei den berücksichtigten Oberbürgermeisterwahlen traten bis zu acht Bewerber an, so dass sich die Bürger zwischen einer Vielzahl von Kandidaten entscheiden konnten. Dadurch wird die Demokratie auf lokaler Ebene gestärkt, auch wenn viele Bewerber nicht unmittelbar zu einer höheren Wahlbeteiligung führen müssen. Aber die Güte der Demokratie hängt nicht nur von der Höhe der Wahlbeteiligung ab, sondern auch davon, ob die politisch interessierten Bürger, die (fast) immer wählen gehen, zwischen mehreren geeigneten Kandidaten wählen können.

Hinsichtlich der Eignung der Bewerber lässt sich auf Grundlage der hier untersuchten Fälle feststellen, dass kommunalpolitische Erfahrung (vor allem Verwaltungserfahrung) und lokaler Bezug beziehungsweise regionale Verankerung Erfolgskriterien für Kandidaten sind. Bei den berücksichtigten Landkreiswahlen wiesen alle erfolgreichen Bewerber die beiden genannten Merkmale auf; und bei den Oberbürgermeisterwahlen war dies mit einer Ausnahme (*Helma Orosz* in Dresden) ebenso der Fall. Damit können die Befunde der lokalen Politikforschung hinsichtlich der Relevanz von lokalem Bezug und kommunalpolitischer Erfahrung bestätigt werden.

Es ist für die Parteien also wenig sinnvoll, kurz vor einer Wahl einen Bewerber, der die beiden genannten Kriterien nicht erfüllt, aus der Not heraus als Zählkandidaten aufzustellen, nur damit die Partei auf dem Stimmzettel steht. Aussichtslose Situationen sollten sowohl dem Bewerber als auch den ehrenamtlichen Wahlkämpfern vor Ort erspart werden. Die „manpower“ und die Gelder könnten stattdessen andernorts effektiver eingesetzt beziehungsweise für künftige Wahlen mit größeren Erfolgschancen zurückgelegt werden. Aussichtsreicher dürften Kandidaturen dann sein, wenn ein kommunalpolitisch engagiertes Mitglied vor Ort für höhere Ämter aufgebaut wird und seine Bekanntheit in der Region steigern kann. Das ist ein langfristiger Prozess – der sich aber für die Partei und ihren Kandidaten durchaus lohnen kann.

46 Neben der Oberbürgermeisterwahl 2001 in Dresden, die der Liberale *Ingolf Roßberg* gewann (siehe oben), wird hier exemplarisch auf die Bürgermeisterwahl 2015 im nordsächsischen Taucha verwiesen: Nach 25 Dienstjahren des Sozialdemokraten *Holger Schirmbeck* bildeten SPD, Die Linke, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die (auch) im Stadtrat zusammenarbeiten, ein Wahlbündnis, für das der FDP-Stadtrat *Tobias Meier* antrat. Dieser konnte sich im 1. Wahlgang mit 52,0 Prozent gegen die Christdemokratin *Antje Brumm* (33,0 Prozent), die vor ihrem Dienstantritt als Leiterin des Umweltamtes des Landkreises Nordsachsen ebenfalls dem Stadtrat angehört hatte, und seinen Stadtratskollegen *Roland Gasch* (14,9 Prozent), der kurzentschlossen als Einzelkandidat antrat und deshalb aus seiner Partei (Bündnis 90/Die Grünen) ausgetreten war, durchsetzen.